

Antrag der Fraktion Marburger Linke	Vorlagen - Nr.:	VO/0913/2012	TOP
	Status:	öffentlich	
	Datum:	17.01.2012	
	Eingang:	27.01.2012	
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Schul- und Kulturausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Keine Stellenkürzungen an Abendschulen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) fordert die Hessische Landesregierung auf, die Einschnitte der letzten Jahre bei den Erwachsenenschulen zurückzunehmen und die vorgesehenen Veränderungen zu Lasten der Schüler/innen und Lehrer/innen nicht vorzunehmen. Insbesondere sollen die geplanten Stellenkürzungen an den Schulen für Erwachsene, die auch die Marburger Abendschulen betreffen, und die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte zurückgenommen werden.

Die StVV bittet den Magistrat der Universitätsstadt Marburg sich diesen Forderungen anzuschließen.

Begründung:

Die Stellenkürzungen an den Abendschulen werden dazu führen, dass Schüler/innen zurückgewiesen werden müssen, wie das Beispiel Abendgymnasium Wiesbaden belegt. Der zweite Bildungsweg wird somit nicht mehr allen Bürger/innen offen stehen. Auch eine Erhöhung der Pflichtstunden wird dies nicht auffangen können. Vielmehr wird eine Erhöhung der Pflichtstunden zu einer drastischen Verschlechterung der Arbeitssituation an den Schulen für Erwachsene führen. Gründe dafür sind die besonderen Anforderungen an die Lehrer/innen an dieser Schulform (beispielsweise differenzierte Unterrichtsvorbereitung aufgrund stark heterogener Lerngruppen; variable Arbeitsorteinsätze; Arbeitszeiten am Nachmittag und in den Abendstunden; Erwachsenenkonfliktmanagement).

Die Hessische Landesregierung spart mit diesen Maßnahmen am völlig falschen Ende. Sie nimmt billigend in Kauf, dass mehreren Hundert Bürger/innen in Hessen die Chance auf Weiterbildung verbaut wird. Auch die Abendschulen in Marburg sind von den Maßnahmen betroffen. Die StVV sollte die Kürzungen nicht unwidersprochen hinnehmen.

Henning Köster Halise Adsan Tanja Bauder-Wöhr Jan Schalauske